



# LINKE will Mietpreisbremse für Dresden einrichten

Vor einer Woche demonstrierten deutschlandweit zehntausende Mieterinnen und Mieter für bezahlbare Mieten und gegen Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt. Am vergangenen Donnerstag befasste sich der Dresdner Stadtrat auf Antrag der LINKEN mit diesem Thema. Die LINKEN-Fraktion beantragte die Einführung einer „Mietpreisbremse“.

von André Schollbach

Die Mietsteigerungen in Deutschland waren von 1993 bis 2014 stärker als die Einkommensentwicklung der Mehrheit der Menschen. Die Frage des bezahlbaren Wohnens treibt sowohl Mieterinnen und Mietern mit kleinem Geldbeutel als auch Familien mit einem ganz normalen Durchschnittseinkommen die Sorgenfalten auf die Stirn.

In den vergangenen zehn Jahren sind die Mieten in Dresden um 35 Prozent gestiegen und gerade in der letzten Zeit kennt die Mietentwicklung nur noch eine Richtung: Straff nach oben. Bezahlbares Wohnen ist eine der wesentlichen sozialen Fragen unserer Zeit. Durch die Mietentwicklung wurde und wird die soziale Spaltung in unserem Land vertieft. Deshalb darf der Wohnungsmarkt nicht den privaten Investoren überlassen bleiben. Diese haben häufig vor allem drei Dinge im Kopf: Rendite. Rendite. Die Menschen benötigen aber bezahlbare Mieten statt fetter Renditen.

Stadt und Staat müssen ihrer sozialen Verantwortung nachkommen und gewährleisten, dass für alle Menschen bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen. Im Stadtrat haben wir deshalb gegen den heftigen Widerstand von CDU, FDP und AfD ein soziales Wohnungsbauprogramm für Dresden durchgesetzt. Inzwischen sind die ersten Wohnungen im Bau und es sollen noch viele weitere folgen.

## Angespannter Wohnungsmarkt

Zudem bedarf es endlich einer Mietpreisbremse. Gemäß § 556d Abs. 2 Satz 1 BGB dürfen Gebiete mit angespannten

Wohnungsmärkten bestimmt werden, wenn die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen in einer Gemeinde oder einem Teil der Gemeinde zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist. In diesen Gebieten darf die Miete gemäß § 556d Abs. 1 BGB zu Beginn des Mietverhältnisses die ortsübliche Vergleichsmiete höchstens um zehn Prozent übersteigen.

Die Stadt Dresden ist ein Gebiet mit einem angespannten Wohnungsmarkt. Bei kontinuierlich zunehmenden Haushaltszahlen und steigenden Mieten wächst der Bedarf für bezahlbaren Wohnraum weiter. Bei großer Nachfrage nach Wohnungen besteht ein geringer Leerstand. So ist der strukturelle Wohnungsleerstand kontinuierlich von 9,6 Prozent im Jahr 2005 auf 4,4 Prozent im Jahr 2010 und 1,8 Prozent im Jahr 2015 sowie 1,7 Prozent im Jahr 2017 gesunken. Für Wohnungsneubauten stiegen die Angebotsmieten laut empirica Preisdatabank von 6,62 Euro pro Quadratmeter im Jahr 2012 um 28,4 Prozent auf 8,50 Euro pro Quadratmeter im Jahr 2018. Im Neubau errichtete Wohnungen werden inzwischen im Mittel zu Mieten von über 10 Euro je Quadratmeter vermietet, was sich auch auf den Mittelwert aller Mieten auswirkt. Den Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt mit deutlich steigenden Mieten muss Einhalt geboten werden. Deshalb setzt sich die LINKE für die Einführung der Mietpreisbremse in Dresden ein. Wir wollen eine soziale Wohnungspolitik im Interesse der Mieterinnen und Mieter – damit der soziale Frieden erhalten bleibt.

# Bezahlbare Miete statt fetter Profite.

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Dresdner Stadtrat

[www.linke-fraktion-dresden.de](http://www.linke-fraktion-dresden.de)

#staddrat

## Stadtrat im Livestream

Alle Sitzungen des Dresdner Stadtrates können im Internet via Livestream verfolgt werden: [www.dresden.de/de/rathaus/politik/stadtrat/stadtratssitzung-live3.php](http://www.dresden.de/de/rathaus/politik/stadtrat/stadtratssitzung-live3.php)

Wer nicht live dabei sein kann, hat auch später die Möglichkeit, den aufgezeichneten Mitschnitt unter diesem Link abzurufen.

Gezwitschert wird übrigens unter dem Hashtag #staddrat bei Twitter.



# Alt und jung verbinden

Was die Alten bewegt und an den Jungen nicht vorbeigeht: Seniorenfreundliche Kommunalpolitik. Nun hat der Stadtrat für Dresden einen Seniorenbeauftragten beschlossen.

von Waldemar Peine

Dresden kann einen Seniorenbeauftragten einsetzen. So beschlossen nach einem Antrag der CDU-Fraktion am 21. März durch den Stadtrat. Angeregt durch den Seniorenbeirat, unterstützt nach einigem Zögern auch von unserer Fraktion, gibt es nun diese Stelle.

Es wird auf die Besetzung dieser Stelle ankommen, ob dieser Beauftragte, wie im Antrag formuliert, eine Vermittlerfunktion zwischen Verwaltung und Bürgerschaft wahrnehmen kann und die vielfältigen Belange der in Dresden lebenden älteren Menschen in das kommunale Verwaltungshandeln und in die kommunalpolitische Arbeit hineinzutragen vermag. Wer auch weiterhin nach der Notwendigkeit dieser Vermittlerfunktion fragt und Kostengründe anführt, sollte besser als bisher in unsere Stadtgesellschaft hineinhorchen, hineingucken und sich auch mal Statistiken anschauen.

Die Lebenssituation älterer Bürgerinnen und Bürger ändert sich vielfältig mit dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess. Einkommensverluste, eingeschränkte Mobilität und ein höheres Sicherheitsbedürfnis seien genannt. Andererseits, von den Zwängen eines Arbeitstages befreit, ergeben sich neue persönliche Freiheiten, die sinnvoll genutzt werden können.

Mitglieder des Seniorenbeirates, welche die politische Farbkombination Rot-Grün-Rot gut finden, dachten und denken über prägende Inhalte einer seniorenfreundlichen Kommunalpolitik nach. Dabei geht es um keinen Lobbyismus für Betagte, sondern um Fragen, die Alt und Jung verbinden, wie beispielsweise Stadtgestaltung, Fußverkehr, Bildungsverluste und Pflegenotstand neben unverschämtem Reichtum. Einige unstrittige Erwartungen, Forderungen seien angeführt:

Nutzung bekannter und Erschließung neuer kommunaler Möglichkeiten zur Abschwächung von Altersarmut und altersbedingter Benachteiligung.

Durchsetzung einer Fußwegkonzeption zur Erleichterung der Teilnahme von mobilitätseingeschränkten Bürgerinnen und Bürgern am gesellschaftlichen Leben unserer Stadt.

Förderung aller Initiativen und Angebote seniorenfreundlicher Dienstleistungen in den Bereichen Verkehr, Einkauf, Haushalt, Umzug.

Unterstützung für alle und Zusammenarbeit mit allen Sozialverbänden, gemeinnützigen Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Stiftungen, Initiativen die sich der Pflege und Betreuung betagter Bürgerinnen und Bürger widmen.

Verbesserung der Aufklärung über Angebote und Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge und der Gesundheitsfürsorge für Bürgerinnen und Bürger im fortgeschrittenen Lebensalter.

Gewinnung der älteren Bürgerinnen und Bürger als Gebende und Nehmende des vielseitigen Bildungsangebotes unserer Stadt.

Achtung auf schnelle und nachhaltige Hilfe in Fällen von dringlich benötigtem altersgerechten Wohnraums.

Übrigens, der Anteil der über 65-jährigen Bürgerinnen und Bürger betrug Ende 2017 21,7 Prozent an der Dresdner Stadtbevölkerung.

Waldemar Peine ist Mitglied im Seniorenbeirat des Stadtrats Dresden

Fachförderrichtlinie Sozialamt

## Soziale Projekte werden weiter gefördert

Durch die CDU wurde die Förderung in den Stadtrat gehoben - trotz positiven Votums vom federführenden Sozialausschuss.

von Pia Barkow

Am 21. März wurde im Stadtrat über die Förderung der Freien Träger der Wohlfahrtspflege im Fachbereich des Sozialamtes entschieden. Gefördert werden 60 Träger mit insgesamt fast 100 Einzelprojekten aus den Bereichen Senior\*innenarbeit, Pflegebedürftige, Begegnungsstätten, Behindertenhilfe, Frauenberatung, Wohnungslose, Migrant\*innen und Arbeitslose. In der Vorlage der Verwaltung wird abgebildet, welche Träger Gelder beantragt haben und in welcher Höhe diese nach Ansicht der Fachverwaltung ausgereicht werden sollen.

Grundsätzlich lässt sich hier ein aus linker Sicht sehr positiver Trend ablesen. Waren im Jahr 2015 noch Mittel in Höhe von 3,4 Millionen Euro vorgesehen, stieg der Betrag auf 4,2 Millionen im Jahr 2017 und nun 5,9 Millionen im Jahr 2019. An diesem Mittelaufwuchs lässt sich ablesen, dass diesem Bereich in den letzten Jahren deutlich mehr Bedeutung beigemessen wurde.



Die Steigerung enthält dabei zum einen neue Projekte, die in die Förderung aufgenommen wurden und andererseits einen kontinuierlichen Ausbau und Verbesserung der bestehenden Angebote. In den höheren Mitteln sind aber auch die Tarifsteigerungen der Beschäftigten eingepreist. Im Jahr 2016 mussten noch Tarifanpassungen für die Beschäftigten

der Seniorenberatungs- und Begegnungsstätten per eigenem Antrag von Rot-Grün-Rot nachgeschoben werden, damit diese nicht auf dem Tarifniveau von vor vier Jahren verharren. Ähnlich sah es in allen Themenbereichen aus. Mit dieser Praxis nach dem Motto, wer sich nicht wehrt, bekommt eben keine Tarifanpassungen, ist nun Schluss. Mitt-

Freude allerorten nach der Debatte im Stadtrat, als Vertreter der CDU nach einer Auszeit einräumten, dass sie von den Argumenten von LINKEN, SPD und Grünen in der Diskussion überzeugt wurden.

lerweile sind von vornherein aktuelle Tarife in den Förderungen enthalten

Eine weitere Verbesserung bedeutet die seit 2017 eingeführte und nun verstetigte mehrjährige Förderung. Noch vor 2015 mussten alle Träger jährlich ihre Mittel neu beantragen, ein nicht unerheblicher bürokratischer Aufwand. Im Jahr 2016 wurde der rot-grün-rote Antrag mehrheitlich angenommen, der eine mehrjährige Förderung von Trägern vorsieht. Dieser Beschluss ist im Bereich des Sozialamtes nun bereits zum zweiten Mal realisiert worden, sehr zur Erleichterung der Träger.

#social media

Gut informiert sein mit einem Klick



[www.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrat](http://www.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrat)



[twitter.com/LinkeStaDDrat](https://twitter.com/LinkeStaDDrat)



[www.youtube.com/channel/UC3vuHY1KgCCcsVwA8YUx6zw](http://www.youtube.com/channel/UC3vuHY1KgCCcsVwA8YUx6zw)



[www.instagram.com/linkestadtrat](http://www.instagram.com/linkestadtrat)

Neueste Infos unserer Fraktion können im Netz abonniert werden

**Impressum**  
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden  
E-Mail: [fraktion@dielinke-dresden.de](mailto:fraktion@dielinke-dresden.de)  
V.i.S.d.P. Thomas Feske  
Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Kerstin Wagner, Waldemar Peine, Pia Barkow, Uwe Schaarschmidt  
Fotos: pixabay  
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei



## Gemeinwohl-Ökonomie

# Wenn die Vernunft entscheidet

von Kerstin Wagner

Wie wäre es, wenn Unternehmen (sich) fragen (lassen) würden, ob sie gut genug sind, ob sie nachhaltig sind, ob es ihren eigenen Mitarbeiter\*innen und auch denen der Zulieferer gut geht...? Welchen Beitrag sie für die Gesellschaft leisten? Welchen Sinn und welche gesellschaftliche Wirkung die Produkte oder Dienstleistungen haben, die sie anbieten? Die Idee der Gemeinwohlökonomie als Wirtschaftsmodell mit Zukunft ist nicht neu. In Dresden wurde nun, von der gleichnamigen Regionalgruppe initiiert, ein Antrag geschrieben, der die Gemeinwohlökonomie stärken soll. Ich sehe mich und uns als Mittlerin, solche Anliegen, die in der Gesellschaft initiiert werden, in den Stadtrat zu bringen. Dresden trägt Verantwortung. Ressourcen und Rohstoffe, die in Dresden genutzt werden, sollen zukünftig besser sozialen, ethischen und ökologischen Ansprüchen gerecht werden. Und auch die Arbeitsbedingungen sollten so gestaltet sein, dass Beschäftigte nicht ausgebeutet werden.

**Die Idee ist nicht neu**

Die Gemeinwohlökonomie möchte ein ethisches Wirtschaftsmodell zum Wohle von Mensch und Umwelt etablieren. Das Gemeinwohl steht dabei im Mittelpunkt! Mit der Gemeinwohl-Bilanz bietet sie als ersten Schritt eine Bewertungsme-



thode, die sich nicht allein auf monetäre Kriterien, sondern auch auf Werte wie Menschenwürde, Solidarität und Nachhaltigkeit stützt. Die Gemeinwohlökonomie bietet die Möglichkeit, anhand festgelegter Kriterien quasi „die andere Seite der Medaille“ zu bewerten. Es kann nicht nur darum gehen, mit möglichst viel Gewinn zu wirtschaften, wenn dabei Menschen ausgebeutet oder wenig

nachhaltige Ressourcen genutzt werden. Wenn die Bezahlung der Beschäftigten oder die Kinderfreundlichkeit eines Unternehmens bei Vergaben eine Rolle spielen, könnten wir als Kommune diese wünschenswerten Unternehmensführung direkt unterstützen. Wie wäre es, wenn die städtischen Eigenbetriebe eine Vorreiterrolle einnehmen? Wie soll das erreicht werden? Dazu enthält der

Antrag drei Beschlusspunkte: zum einen ist dies die Durchführung eines Pilotprojektes zur Gemeinwohlbilanzierung von Eigenbetrieben der Landeshauptstadt Dresden und städtischen Beteiligungen (Unternehmen der Technischen Werke Dresden) nach dem Standard der Gemeinwohl-Ökonomie,

1. die Veranstaltung eines Fachtages zur Gemeinwohl-Ökonomie für interessierte Unternehmen mit VertreterInnen gemeinwohlbilanzierter Unternehmen, GemeinwohlberaterInnen und -auditorInnen sowie der Landeshauptstadt,

2. die Auflage eines kommunalen Förderprogramms zur Unterstützung der Gemeinwohlbilanzierung von in Dresden ansässigen Unternehmen nach dem Standard der Gemeinwohl-Ökonomie.

Im Artikel 14 des Grundgesetzes heißt es: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Die Gemeinwohlökonomie erleichtert die Umsetzung, deswegen wollen wir, dass ihre Kriterien bei städtischen Vergaben und Aufträgen zukünftig berücksichtigt werden. Ich danke Ronny Keydel und Carsten Schulz von der Dresdner Regionalgruppe Gemeinwohlökonomie und allen, die für dieses Thema streiten.

## Ein doppeltes Problem

Zur Diskussion um das Orang Utan-Haus im Dresdner Zoo



von Uwe Schaarschmidt

Alfred Brehm schrieb bezüglich der Orang Utans im Jahre 1879: „Die Javaner behaupten, dass die Affen wohl reden könnten, wenn sie nur wollten, es jedoch nicht täten, weil sie fürchteten, sonst arbeiten zu müssen.“

Wenn diese Behauptung stimmen würde, hätten wir es also hier mit äußerst gescheiterten Tieren zu tun. Ein Grund mehr, sich aufgeschlossen mit dem Problem ihrer Haltung zu beschäftigen.

Es ist jetzt etwa anderthalb Jahre her, dass ich auf Borneo das große Glück hatte, aus einem Kanu heraus Orang Utans in freier Wildbahn beobachten zu können. Und wenn man einmal gesehen hat, wie sich diese Tiere in ihrem

natürlichen Umfeld bewegen, erschauert man beim Gedanken daran, unter welchen Umständen sie im Dresdner Zoo ihr Dasein fristen müssen, um so mehr.

Primär geht es also zunächst gar nicht um das für und wider der Haltung von großen Wildtieren in Zoologischen Gärten oder gar Privathaushalten, sondern zuerst darum, wie man den unwürdigen Zustand für die Orang Utans im Dresdner Zoo schnellstmöglich beenden kann. Eine Auswilderung ist nicht möglich und die Abgabe an andere Zoos - so sich denn überhaupt eine Möglichkeit ergäbe - verschöbe das Problem nur. Deshalb hat sich unsere Fraktion auch mehrheitlich dafür entschieden, der Bereitstellung entspre-

chender Mittel für den Neubau einer Orang Utan-Anlage auch zustimmen. Wir haben noch einen Ergänzungsantrag eingebracht, der ein weiteres Problem reflektiert, die Frage des Für und Wider der Haltung von exotischen Großtieren im Zoo. Die Diskussion darüber wird von Befürwortern wie auch Gegnern sehr emotional und bisweilen verbissen geführt und man sollte beiden Seiten zunächst einmal unterstellen, dass sie es nicht schlecht mit den Tieren meinen.

Ich selbst sehe die Zoohaltung von Primaten wie auch anderen exotischen Großtieren allerdings kritisch, da mich keines der Argumente der Befürworter wirklich überzeugt. Oft wird zum Beispiel vorgebracht, dass Menschen über den Kontakt mit den Tieren für deren Schutz sensibilisiert werden. Den Orang Utans hat die vorgebliche Sensibilisierung jedenfalls nichts genutzt, gleiches könnte man über Tiger, wilde Elefanten oder Eisbären sagen. Trotz deren jahrzehntelanger und weltweiten Zurschaustellung in Zoos – die niemals und auch beim besten Willen nicht wirklich artgerecht sein kann – ist ihre Existenz in freier Wildbahn bedroht – und zwar durch die Menschen und deren Lebensweise, auch jener Menschen, die sie im Zoo bestaunen.

Deshalb helfen übrigens auch Investitionen in Auswilderungsstationen oder Spenden für Artenschutzprogramme nur bedingt. Die Tiere brauchen kein Geld, sondern Platz. Platz, den wir ihnen wegnehmen, Tag für Tag mehr. Wer also

wirklich etwas tun will für wilde Tiere, sollte als erstes die Wachstumsideologie zivilisierter Menschen hinterfragen. Um an dieser Stelle noch einmal auf Borneo zurückzukommen: Von der Stadt Sandakan an der Ostspitze Borneos, an deren Stadtgrenze bis vor zwei Jahrzehnten noch der Urwald grünte, fuhr ich vor anderthalb Jahren fast zwei Stunden lang durch Palmölplantagen, ehe ich den Dschungel erreichte. Eine halbe Million Tonnen Palmöl wird übrigens jährlich in Form von „Biokraftstoff“ allein in deutsche Autotanks gekippt. Ganz schön Bio.

Im Dresdner Rathaus ist im Moment weder die Zeit, noch der richtige Ort, um dieses generelle Problem ausführlich zu diskutieren, was aber an der grundsätzlichen Notwendigkeit der Diskussion nichts ändert, die muss geführt werden. Am besten unter Beteiligung sowohl der Fachwelt und der politischen Entscheidungsträger, als auch der Bürgerinnen und Bürger. Gut wäre es, wenn dabei nicht die finanziellen Interessen der Zoos und das Bedürfnis nach Amüsement der Zoobesucher, sondern die Bedürfnisse der Tiere im Vordergrund stünden.

Meine persönliche Hoffnung wäre – daraus mach ich gar kein Hehl – dass diese Diskussion dazu führt, dass die Nachzucht exotischer Großtiere in Zoos beendet wird und damit auch mittelfristig deren Einsperrung und Zurschaustellung in Anlagen, die stets nur eine mindere Kopie jenes Lebensumfelds sein können, das ihnen eigentlich zusteht.

# Es gibt nichts Gutes ...

von Kerstin Wagner

Seit rund zwei Jahren trägt Dresden den Titel „Fairtrade-Stadt“ - geändert hat sich seitdem aber scheinbar nichts. Es gab durchaus ein öffentliches Interesse am Kaffeekonsum in den Ämtern der Stadt – der Oberbürgermeister selbst bezieht wohl seinen Kaffee aus fairen Quellen. Aber sonst? Hat das irgendwelche Folgen für Dresden gehabt? Obwohl ich mich für das Thema interessiere muss ich zugeben: Ich weiß es nicht! Ich weiß nicht, ob beim Kauf von Holz für Parkbänke darauf geachtet wird, dass es aus möglichst einheimischen, nachhaltig bewirtschafteten Wäldern genommen wird, oder ob dafür in Polen Urwald, oder in Afrika, Asien oder Südamerika Regenwälder abgeholzt werden. Ich weiß nicht, ob auch in ALLEN Büros der Stadtverwaltung fair gehandelter Kaffee getrunken wird – oder ob sich viele Zwischenhändler eine goldene Nase verdienen, während die Kaffeebauern in Armut leben und ihre Kinder nicht in die Schule schicken können. Ich weiß nicht, wer die Stoffe webt, wer die Steine klopft, wer die Blumen pflückt. Obwohl es mich interessiert. Der Grund ist: die Transparenz fehlt. Vergabeentscheidungen werden möglicherweise allzu oft nach den gängigen Regeln getroffen: Haben wir gute Erfahrungen gemacht, sind die Kosten möglichst niedrig?

Was bei Vergabeentscheidungen der Stadt eher keine Rolle spielt ist die Frage danach, unter welchen Bedingungen die Dinge produziert werden, die wir so dringen brauchen. Auch Arbeitsbe-



dingungen sind nicht überall gleich... deswegen müsste sich die rein monetäre Bewertung von Ausschreibungen ändern. Im Gremienumlauf des Stadtrates befinden sich derzeit zwei Anträge, die darauf abzielen, die Verantwortung der Kommune für die Lebensbedingungen am anderen Ende der Welt in Kaufentscheidungen einzubeziehen. In einem weiteren Artikel stelle ich den Antrag zur Stärkung der Gemeinwohl - Ökonomie vor, hier geht es um den Antrag: „Masterplan Fairtrade“.

Der Oberbürgermeister wird mit diesem Antrag beauftragt, dem Stadtrat einen Masterplan zur nachhaltigen Beschaffung vorzulegen. Was heißt das? Gemeinsam mit Vereinen und Vertreter\*innen aus Handel, Handwerk und Industrie sollen die Handlungsmuster

für Vergaben genau geregelt werden. Es sollen nicht mehr nur Empfehlungen sein, sondern klare Handlungsleitfäden für die Beschaffung von Ressourcen.

Ökologische Nachhaltigkeit ist uns dabei genauso wichtig wie die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Stück für Stück sollen alle Ämter auch bei öffentlichen Anlässen auf nachhaltige Produkte setzen.

Ich freue mich auf den Tag, an dem wir Schöller, Nestle und allen anderen großen Konzernen der Lebensmittelindustrie eine Absage erteilen können, wenn sie um eine Vertragsverlängerung in den Bädern der Stadt oder dem Zoo werben. Ihre Produkte sind nicht nachhaltig. Sie nutzen das billigste Fett, das es am Markt gibt: Palmöl. Auf Ko-

sten der Umwelt, denn für immer neue Palmölplantagen werden Wälder mit Brandrodung zerstört, die Bilder von dabei umgekommenen Menschenaffen brennen sich ins Gedächtnis. Wir brauchen nicht noch mehr Palmölplantagen!

Wer Eis essen möchte, kann so gar auf regionale Fruchtsorbets zurückgreifen. Aber auch Milchspeiseeis kommt gut ohne Palmöl aus, wie regionale Erzeuger beweisen.

Wenn Dresden den Titel „Fairtrade-Stadt“ behalten möchte, werden wir es in den nächsten Monaten nachzuweisen haben, welche Maßnahmen wir ergreifen haben. Wir alle tragen Verantwortung. Nicht nur für Dresden und das Wohl aller hier lebenden Menschen. Die Art, wie wir wirtschaften und konsumieren verändert die Welt. Wir können den Ärmsten der Welt helfen, indem wir kurze Lieferketten wählen für Produkte, die es nur dort gibt, indem wir faire Preise direkt bezahlen, nicht an zahlreiche Zwischenhändler. Indem wir den Konsum von Gütern nicht immer noch billiger machen, die den Abbau von Koltan und seltenen Erden notwendig machen – den wahren Preis bezahlen andere! Wir können die Agrarsubventionen so gestalten, dass sie die Landwirtschaft Afrikas nicht gefährdet, den Export alter Kleidung verbieten, denn das alles nimmt anderen Menschen die Lebensgrundlage! Es gibt nichts Gutes. Außer... man tut es.



## Förderpreis Dresdner Laienchöre 2019

Die Landeshauptstadt Dresden schreibt 2019 zum dritten Mal den Förderpreis für Dresdner Laienchöre in verschiedenen Kategorien aus.

### Teilnahmevoraussetzungen

Um den Förderpreis für Dresdner Laienchöre können sich u. a. gemischte Chöre, Frauen- und Männerchöre, Kinder- und Jugendchöre, Schulchöre (nur Wertungskategorie e), Jazz- und Popchöre sowie Vokalensembles bewerben. Zugelassen sind Chöre,

- die ihren Sitz in der Landeshauptstadt Dresden haben,
- zum Bewerbungszeitpunkt mindestens zwei Jahre nachweislich kontinuierlich arbeiten und
- mindestens 16 aktive Mitglieder (bei Schulchören: 10 Mitglieder) haben, von denen nicht mehr als ein Viertel hauptberufliche Sänger\*innen und Gesangspädagogen\*innen sind

Bewerberchöre sollen im Fall einer Auswahl durch die Jury am „3. Dresdner Chortag“ am Mi, 20. November

2019 (Buß- und Bettag) im Kulturpalast Dresden teilnehmen. Absehbare Verhinderungen sollen bereits mit Bewerbung mitgeteilt werden.

### Bewerbung und Ablauf

Die Bewerbung um den Förderpreis muss schriftlich bis zum 30. Juni 2019 (Eingang der Bewerbung) unter Angabe der gewünschten Wertungskategorie erfolgen. Je Chor sind Mehrfachbewerbungen für max. 2 Kategorien möglich (bitte für jede Bewerbung einen eigenen Bewerbungsbogen ausfüllen!). Jede Bewerbung soll mindestens enthalten:

- vollständig ausgefüllter und unterschriebener Bewerbungsbogen
- Kurzpräsentation des Chores (Selbstdarstellung, Chorbiographie, aktuelle Programme bzw. Planungen, Veröffentlichungen usw.)
- Hörbeispiele (Ton- und/oder Videoaufnahmen auf Datenträger oder als Internet-Link; obligatorisch in den Wertungskategorien a bis c)
- Partituren (nur in den Wertungskategorien b und c)

### Die Bewerbungen sind zu richten an:

Landeshauptstadt Dresden  
Amt für Kultur und Denkmalschutz  
Kennwort: Förderpreis  
Dresdner Laienchöre  
Postfach 12 00 20  
01001 Dresden

Die direkte Abgabe der Bewerbungen im Sekretariat des Amtes für Kultur und Denkmalschutz im Kulturrathaus, 2. Etage, Königstraße 15, 01097 Dresden, ist möglich (bitte Geschäftszeiten beachten: Mo/Fr 9-12 Uhr, Di/Do 9-18 Uhr, Mi nach voriger Absprache). Elektronische Bewerbungen werden unter der Email-Adresse: kultur-denkmalschutz@dresden.de entgegengenommen.

Die Fachjury wird anhand der eingereichten Unterlagen bis Ende September 2019 eine Entscheidung zur Preisvergabe und zur aktiven Teilnahme am „3. Dresdner Chortag“ treffen. Die Preise werden im Rahmen des Konzertes am 20. November 2019 im Kulturpalast übergeben.

## Nur Plastikfrei - reicht das?

Kommentar von Kerstin Wagner zum Antrag: Dresdens Märkte und Feste plastikfrei

Die Grünen touren durch die Stadt, um Werbung für einen Antrag zu machen - einen gemeinsamen Antrag. Einen Antrag, der durch mich von der reinen Forderung „plastikfrei“ zu „Müllvermeidung“ ausgeweitet wurde. Es geht eben nicht nur darum, dass Plastikmüll in den Meeren oder am anderen Ende der Welt landet, sondern es geht auch darum, nachhaltig zu wirtschaften, und nicht Ressourcen für einen sehr kurzen Gebrauch herzustellen. Einweg ist nicht zeitgemäß! Nur plastikfrei - das reicht nicht!

